

GRÜNE GALERIE

Grüne Politik für die Region Göttingen

Ausgabe 104 Dezember 2008



Gesamtschulen unter dem Tannenbaum (Abies spec.)

And the winner is.... Bovenden!
Das Ergebnis der ergänzenden Elternbefragung für den IGS-Standort im Norden Göttingens öffnet die Tür für die Einrichtung einer zweiten IGS in unmittelbarer Stadtnähe – und das nachdem bereits zuvor für den Gesamtschulstandort Gieboldehausen ausreichend viele Eltern ihr Votum abgegeben hatten. Und auch für Groß Schneen wird der Landkreis – nach Akteneinsicht durch die Fraktionen und Neubewertung der Stimmen der ersten Auszählung - einen Antrag auf Einrichtung einer neuen KGS beim Land stellen. Nach Jahren des Stillstands, der gegenseitigen Blockaden, der ideologischen Grabenkämpfe und des zähen Ringens im Landtag, Stadtrat und Kreistag scheint somit sicher, dass wir zum Beginn des Schuljahres 2009/2010 in der Region mindestens zwei, vielleicht sogar drei neue Gesamtschulen bekommen. Dies ist auch ein Erfolg GRÜNER Schulpolitik!

So sehr dieses Ergebnis zu begrüßen ist (**Pressemitteilung**), so sehr hat es den Fraktionen der GRÜNEN in Stadt und Landkreis Geduld und Nerven gekostet. Die CDU/FDP-Landesregierung hatte auf Druck



der Oppositionsparteien nach der Landtagswahl mit ihrem neuen Schulgesetz zwar das Neugründungsverbot für Gesamtschulen aufgehoben, mit der Festlegung nachzuweisender Bedarfszahlen aber gleichzeitig fast unüberwindlich hohe Hürden in das Gesetz hinein formuliert. Nach Auffassung der Grünen waren die über 200 SchülerInnen aus Stadt und Landkreis, die an den Göttinger Gesamtschulen jährlich aus Platzmangel abgewiesen werden, ausreichender Beleg, dass der Bedarf für mindestens eine neue Gesamtschule vorhanden ist. Das Land forderte einen zusätzlichen Bedarfsnachweis in Form einer schriftlichen Elternbefragung mit diversen formalen Vorgaben.

Entsprechend kontrovers gestalteten sich die Verhandlungen in Stadt und Landkreis: Für welche Standorte sollte das Unmögliche versucht werden? Die Prognosen für welchen Standort wie viele Elternstimmen zu erwarten sein würden gingen weit auseinander. Dabei hatte die Kreistagsfraktion zudem das Problem, dass ihr Gruppenpartner, die CDU, Gesamt-

Aus dem Inhalt:

- Zweite IGS in Göttingen
- Urwaldzerstörung durch Papierverbrauch
- Neue Stromtrasse
- Hilfe bei Lernschwächen
- Bleiberecht Migrantinnen
- Umweltzone Göttingen
- Bericht von der BDK in Erfurt.
- Ladenschlussgesetz

Fortsetzung IGS-Artikel

schulen vornehmlich als lästige Konkurrenz für das von ihr präferierte gegliederte Schulsystem betrachtet und trotz einer entsprechenden Vereinbarung im Gruppenvertrag eher bemüht war, Sand ins Getriebe zu streuen. Die Stadtratsfraktion hatte dieses Problem nicht, saß aber auf heißen Kohlen, weil sie einerseits die Erfolgsaussichten der Bedarfsumfragen im Landkreis nicht mit eigenen, konkurrierenden Planungen schmälern wollte. Für den Fall des Scheiterns der Bemühungen für den Standort Bovenden lief ihr aber die Zeit davon für die Einrichtung einer eigenen Gesamtschule im Stadtgebiet zum Beginn des kommenden Schuljahres. Dieser Zeitdruck spiegelt sich bereits in einem

Ratsantrag der Grünen von Anfang Juni wieder und wuchs enorm als die vom Land geforderten Schülerzahlen bei der ersten Elternbefragung für die Standorte Groß Schneen und Bovenden nicht erreicht wurden (**Pressemitteilung der Ratsfraktion** und der **Kreistagsfraktion**).

Dass uns das Scheitern der Bemühungen um die Einrichtung einer weiteren IGS in Stadt und Landkreis am Ende erspart blieb, ist dem vehementen Drängen beider Fraktionen zu verdanken, die die anderen Parteivertreter und die Verwaltung im Kreistag und Stadtrat in den Verhandlungen über zusätzliche Befragungen, deren Inhalt und Form zum Teil regelrecht vor sich hertrieben. Ein wich-

tiger Rückhalt war dabei das Schuldezernat der Stadt, dessen taktisch kluges Verhalten und stringente Zeitplanung die Durchführung einer ergänzenden Umfrage erstermöglicht hat.

Fazit: Göttingens Eltern haben ihren Kindern mit ihrem Votum für eine IGS am Standort Bovenden und einer KGS in Gieboldehausen sicherlich pädagogisch sinnvolle Weihnachtsgeschenke unter den Tannenbaum gelegt, auch wenn die lieben Kleinen dies vielleicht erst zu schätzen wissen, wenn sie mal ein zwei Köpfe größer sind. Die GRÜNEN in Stadt und Landkreis können sich freuen, ihren Teil dazu beigetragen zu haben.

Jürgen Bartz

Die Grüne Jugend Göttingen setzt sich gegen die Urwaldzerstörung ein

Papierherstellung zerstört Urwald.

Die Grüne Jugend Göttingen hat eine Aktion gemeinsam mit dem kanadischen Umweltaktivisten Ingmar Lee aus Britisch Columbia und dem Landtagsfraktionsvorsitzenden der Grünen, Stefan Wenzel, vor der Jacobikirche durchgeführt.

Mit dieser Aktion haben wir gezeigt, dass die Regenwälder mit ihrer Tier- und Pflanzenwelt durch unseren Papierhunger bedroht sind. Holz ist Hauptbestandteil unserer Papierprodukte, und dieses stammt aus eben diesen Paradiesen. Das bedeutet den Verlust von komplexen Ökosystemen. Auch die Situation der indiani-

schen Ureinwohner ist bedroht.

Mit einer Petition haben wir McPaper aufgefordert, ihr gesamtes Sortiment auf Recyclingpapier umzustellen, das den Kriterien des Blauen Engels entspricht. Diese wurde direkt im Laden in der Weender Straße abgegeben. Auch hat die Grüne Jugend Göttingen bei dieser Aktion VerbraucherInnen informiert, damit diese bewusster mit Papier umgehen und Recyclingpapier benutzen.

Papierherstellung zerstört Urwald! Wir zeigen Widerstand gegen die Abholzungen und fordern dazu auf mehr Recyclingpapier zu benutzen!!! Und auch sonst ist die

Grüne Jugend sehr aktiv. Wir gehen gegen Nazis auf die Straße, wir mobilisieren gegen radioaktiven Atommüll, wir setzen uns gegen den alltäglichen Rassismus ein, wie aktuell beim Fall des Afro-Shops in Göttingen und kämpfen für ein ökologisches Bewusstsein in unserer Gesellschaft. Wiewollen uns mit diesen Zuständen nicht ohne weiteres abfinden.

Jeden Mittwoch um 19 Uhr treffen wir uns im Grünen Zentrum, um uns für eine bessere Welt einzusetzen. In netter Runde diskutieren wir über die Ausgestaltung einer sozialen und ökologischen Welt.

Annelen Meyer
Fotogalerie der Aktion

380 kV Stromleitung GRÜNE werfen EON Täuschungsmanöver vor

Wenn die Mecklar-Wahle-Hochspannungsleitung für den Transport von Offshore-Windenergie benötigt wird, wie seitens der EON behauptet (HNA, 17.09.08), stehen aus Sicht der GRÜNEN in Hann.Münden die Fakten dagegen. Denn nicht erst seit gestern ist bekannt, dass mit der geplanten Leitung Strom von Kohlenkraftwerken in Norddeutschland transportiert werden soll. Die EON forciert nun den Bau der Trasse jetzt mit der Begründung, dass es für 2015 „Speicherprobleme in den Anlagen an der Küste“ gebe. Das bezieht sich aber auch auf die für die Küstenregion vorgesehenen sechs bis zehn Kohlekraftwerke, wobei der Grundstein für das Kohlekraftwerk in Wilhelmshaven ja bereits gelegt ist. Allem Anschein nach wird hier seitens des Konzerns versucht, den Erzeugern von

Offshore-Windenergie die gesamte Verantwortung für den Bau der Hochspannungsleitung in die Schuhe zu schieben. Je näher das Raumordnungsverfahren für die Trasse rückt (Beginn 2009), desto mehr intensiviert die EON ihre Lobbyarbeit. Inzwischen versuche man in Berlin, das niedersächsische Stromtrassengesetz, das Erdverkabelung vorsieht, durch ein Bundesgesetz zu kippen. Durch die für die Hochspannungsleitung erforderlichen 50-60 m hohen Masten würde die Lebensqualität der Menschen in Wohngebieten entlang der Trasse erheblich beeinträchtigt. Stromtrassen dieser Größenordnung gehören ohnehin der Vergangenheit an. Denn die niedrige Effizienz großer thermischer Kraftwerke entsprechen nicht mehr den Forderungen des 21. Jahrhunderts. Der

größte Teil der Energie solcher Anlagen wird unbenutzt als „Abwärme“ in die Luft oder ins Wasser „entsorgt“. Darüber hinaus handelt es sich gerade bei Kohlekraftwerken um Klimakiller erster Güte. Die GRÜNEN plädieren als Übergangslösung für kleinere in den Nähe von Bedarfszentren gebaute zum Beispiel durch Gasturbinen betriebene Kraftwerke, deren Abwärme in Fernwärmenetzen gespeist und für Raumheizung benutzt werden könnte. Ein überschaubares Stromnetz mit Schwerpunkt auf regenerativen Energien würde den geplanten Ausbau der geplanten „Stromautobahn“ überflüssig machen. Den Menschen in der Region bliebe Vieles erspart.

Jerry Salisbury (OV Hann Münden)

Hilfe bei Lernschwächen

Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN setzt sich - nicht zuletzt auf Anregung von Harald Schmidt - für eine Verbesserung der finanziellen und strukturellen Rahmenbedingungen für das Erkennen und die Therapie von Lernschwächen und Lernstörungen in Göttingen ein. Ein entsprechender **Antrag** wurde am 5.12. im Rat der Stadt gestellt. **Pressemittellung**

Bleiberechtsregelungen für MigrantInnen

2009 - Jahr der Abschiebungen
Im Jahr 2009 werden die Grünen nicht nur um Wählerstimmen kämpfen müssen, sondern auch gegen eine drohende Abschiebungswelle. Der 31.12.2009 ist der entscheidende Stichtag für die bundesgesetzliche Bleiberechtsregelung. Es ist schon heute absehbar, dass auch nach Ablauf dieser Frist über 500 bislang geduldete Migran-

ten in Göttingen die Anforderungen des Gesetzes nicht erfüllen werden, auch wenn im Einzelfall weiterhin rechtliche Gründe der Abschiebung entgegen stehen können. In einer **Pressemittellung** zum Jahreswechsel weist die Ratsfraktion auf die unzumutbare Situation der Menschen hin für die die Angst vor der Abschiebung in Göttingen zum Alltag gehört.



Göttingen bekommt einen Luftreinhalteplan. Grund zum Jubel? Nicht wirklich. Die Fraktion der Grünen verweigerte daher in der Ratssitzung am 5.12. die Zustimmung zu der **Vorlage der Verwaltung**. Die vom Rat trotzdem mehrheitlich beschlossene Maßnahmenliste enthält nämlich gerade mal zwei Bestandteile: Zum Einen die emissionsarme Umrüstung bzw. Erneuerung der Busse der Göttinger Verkehrsbetriebe, die zu wesentlichen Teilen bereits abgeschlossen war, lange bevor die Verwaltung ihren Entwurf für einen Luftreinhalteplan vorlegte. Zum Anderen enthielt er die „Verstetigung des Verkehrs“, von der nicht einmal sicher ist, ob sie funktioniert. Ihre emissionsmindernde Wirkung ist kaum abschätzbar und vermutlich eher gering. SPD, FDP und GöLinke, die diesem „Maßnahmenpaket“ ihre Zustimmung gaben, meinen damit offenbar für die Luftqualität und die Gesundheit der Menschen genug getan zu haben. Die CDU forderte später immer-

Luftreinhalteplan ohne Umweltzone ist kein großer Wurf

hin noch gemeinsam mit den Grünen die Einführung einer Umweltzone (**Antrag** und Änderungsantrag), zur Ratsmehrheit reichte es jedoch nicht. Fast drei Jahre nach Bekanntwerden der rekordverdächtig hohen Feinstaub-Konzentrationen im Jahr 2006 an der auf Drängen der Grünen eingerichteten Messstation in der Bürgerstraße findet die Diskussion über mögliche Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität in Göttingen damit ein vorläufiges Ende, leider ein klägliches. Zwar ist es richtig, dass sich das häufige Auftreten hoher Feinstaubkonzentrationen im Winter 2005/06 in den folgenden Jahren nicht wiederholte. Dies dürfte jedoch weniger auf technische Maßnahmen oder ein grundlegend verändertes Verbraucherverhalten zurückzuführen sein als auf günstigere Witterungsbedingungen, die schon im kommenden Jahr wieder ganz anders aussehen können. Es ist also nur eine Frage der Zeit, bis sich unzumutbar hohe Feinstaubkonzentrationen in der Stadtluft wieder merklich auf die Zahl der Herz-Kreislauf- und Lungenerkrankungen in Göttingen auswirken könnten.

Sicherlich gibt es gegen das witterungsbedingte Auftreten hoher Feinstaubkonzentrationen keine einfachen Lösungen, da sich die Quellen (Verbrennungsmotoren, Hausbrand, Industriestäube, Bremsabrieb und andere) nicht von heute auf morgen

abschalten lassen. Trotzdem hat die Ratsfraktion noch am Abend der Ratssitzung in einer **Pressemittellung** deutlich gemacht, dass für sie zumindest das Thema Umweltzone noch längst nicht vom Tisch ist. Wäre die Einfahrt in die Innenstadt nur für Fahrzeuge erlaubt, die mit einer Plakette die Unterschreitung zulässiger Emissionsgrenzwerte nachweisen können, so wäre dies für Besitzer von Fahrzeugen mit höherem Schadstoffausstoß ein Anreiz, sich früher oder später ebenfalls ein emissionsarmes Fahrzeug zuzulegen, die alte Dreckschleuder umweltfreundlich umzurüsten oder auf andere Verkehrsmittel umzusteigen. Zwar würden die Spitzenbelastungen an den „hot spots“ dadurch nur wenig sinken, wohl aber die Hintergrundbelastung in der Fläche, deren gesundheitsschädliche Wirkung nicht zu unterschätzen ist.

Die Grünen machen sich seit Jahren in der Diskussion über Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität für integrierte Lösungsansätze stark. Die Ratsfraktion wird daher dafür sorgen, dass das Thema Umweltzone nicht in Vergessenheit gerät und im Jahr 2009 spätestens bei der notwendigen Neuausrichtung des Verkehrsentwicklungsplans (VEP) wieder auf die Tagesordnung kommt.

Jürgen Bartz

Anpfiß zum Wahlkampfjahr 2009 (oder auf Personen kommt es an; Inhalte haben wir schon genug)

Bericht über die BDK in Erfurt
von Nicolai Zipfel und Julia
Hamburg

Es war die BDK, die den Wahlkampfauftakt darstellen sollte – und es war eine Wahl-BDK. Dementsprechend groß war an manchen Stellen der Andrang an Pressemenschen auf dieser BDK. Cem Özdemir, bis dato designierter Parteivorsitzender genannt, war mit dem Betreten der BDK-Halle in Erfurt umringt von einer Traube Kameras. Ebenso die designierten SpitzenkandidatInnen Jürgen Trittin und Renate Künast. Jede Kamera wollte Bilder einfangen von möglichen Emotionen zur späteren Verbreitung nach der Verkündung der Wahlergebnisse.

Und auch sonst herrschte in dem Sitzungssaal eine gespannte Stimmung. Alle stellten sich die Frage: Wer wird nun gewählt? Wie wird das Ergebnis ausfallen?

So spannend die Frage nach den Personalien auch war, so sehr reihten sich die inhaltlichen Diskussionen in ein personelles Showlaufen von überraschender Einigkeit ein. Zu den drei Themenschwerpunkten „Friedenspolitik“, „Umwelt“ und „Menschenrechte“ herrschte trotz kleiner Divergenzen erstaunliche Einigkeit im Raum. So wurden die eingereichten Positionspapiere zum Kohlemoratorium, zu 60 Jahren Menschenrechte und auch zur Grünen Sicherheitspolitik unter Berücksichtigung einiger Änderungsanträge relativ problemlos angenommen. Ebenso der Haushalt für das Wahlkampfjahr 2009, um diesen gab es zwar im Vorfeld viele Diskussionen, die Änderungsanträge wurden jedoch zurückgezogen. Der Göttinger Antrag zur „Abschaffung vom Religionsunterricht“ an Schulen wurde zur Weiterbearbeitung an die Bundestagsfraktion und die Wahlprogrammkommission verwiesen.

Nachdem Freitag die Sonstigen Anträge neben kurz abgehandelten Satzungsänderungsanträgen behandelt wurden, wurde am Samstag und Sonntag, neben der Behandlung der oben genannten Positionspapiere, gewählt. Zuerst der Bundesvorstand, in den Claudia Roth und Steffi Lemke mit über 80% Zustimmung ohne Gegenkandidatur wiedergewählt wurden. Auch Cem Özdemir nahm die 80%-Hürde trotz eines unbekanntenen und auch nicht anwesenden Gegenkandidaten aus Oldenburg (er bewarb sich mit einem Youtube-Video) problemlos und auch der Bundesschatzmeister der Grünen – Dietmar Strehl – wurde erneut gewählt, nachdem im Vorfeld sein Gegenkandidat seine Kandidatur zurückgezogen hatte. Bei den Beisitzern wurde es dann schon spannender, immerhin gab es 3 Bewerbungen auf 2 Plätze. Neben Astrid Rothe-Beinlich und Malte Spitz, die beide erneut in ihrem Amt bestätigt wurden, trat Melanie Schnatzmeier um einen Platz im Bundesvorstand an. Sie unterlag jedoch gegen

Malte im ersten Wahlgang. Auch bei den Bewerbungen um die offenen Plätze für den Parteirat gab es Gerangel. So bewarben sie auf sechs offene Plätze acht Bewerber, bei denen sich Tarek Al-Wazir, Volker Beck, Arvid Bell, Rainhard Loske, Volker Ratzmann und Gerhard Schick gegen Fritz Kuhn und Karl-Wilhelm Koch durchsetzen konnten. Weniger Kontrovers, aber mit einem für die Grünen doch überraschenden Ergebnis, verlief die vorher umstritten diskutierte Aufstellung der designierten Spitzenkandidaten im Bundestagswahlkampf. So bekam das Spitzentandem Jürgen Trittin und Renate Künast über 90% Zustimmung unter den Delegierten. Natürlich verlief diese BDK nicht nur trocken von der Bühne aus. Auch für einige symbolische Augenblicke war gesorgt. Symbolträchtig waren vor allem die aus Niedersachsen organisierten Anti-Castorplakate, Anti-Castor-“X“e und das Gorlebenvideo, welches am Freitagabend als Erinnerung an die sehr erfolgreichen Anti-Castor-Proteste in Gorleben in der Woche zuvor erinnern sollte, auf der 16000 Menschen demonstrierten. Auch die Vorstellung der GRÜNEN JUGEND Kampagne zu Anti-Kohlekraft am Freitag Abend sorgte für Aufsehen. Zum Ende der BDK wurden die Delegierten und die Kameras mit einem Bild nach Hause

Fortsetzung S. 6

Fortsetzung S. 6

Fortsetzung S. 6

Fortsetzung S. 6

geschickt und zwar als Auftakt zum Wahlkampf: Die designierten SpitzenkandidatInnen spielten sich mit dem neu gewählten Bundesvorstand grüne Fußbälle mit Botschaften (z.B. Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit...) zu, aber nicht nur einander wollten sie diese

zuspielen, denn ein Wahlkampf wird schließlich mit allen gemacht. Also wurden die Bälle auch den Delegierten zugeworfen und somit der Beginn des Wahlkampfjahres 2009 eingeleitet, erst mit Hessen, dann mit Europa und Bundestag, sowie vielen Kommunalwahlen.



Vorführung und Diskussion im Lumiere. 15. Januar 19 Uhr.

Muss man sonntags einkaufen können?

von Hans Georg Schwedhelm aus Duderstadt

Durch das „Gesetz zum Ladenschluss“ war in der Vergangenheit die Öffnung von Geschäften an Werktagen und Sonn- und Feiertagen geregelt. Das Gesetz war ein Schutzgesetz für die betroffenen Arbeitnehmer/innen. Die alte Regelung war, dass an Werktagen die Öffnung der Geschäfte zu jeder Zeit möglich war und an Sonntagen und Feiertagen bis zu viermal im Jahr geöffnet werden konnte. Bis dahin waren die Geschäfte immer in Verbindung mit besonderen Märkten geöffnet, in Duderstadt zum Beispiel „Apfel- und Birnenmarkt“, „Krippenmarkt“ oder den diesjährigen kulturellen Highlight der „Eichsfelder-Wurstemarkt“. Über diese Öffnung hat der Rat der Stadt jeweils im Einzelfall nach Anhörung zum Beispiel der Einzelhandelsverbände, Kirchen und Gewerkschaften entschieden.

Mit dem „Gesetz über die Ladenöffnungszeiten“ des Landes Niedersachsen vom 3. März 2007 wurden die Bedingungen neu geregelt. Die CDU/FDP-Regierung hat ein Gesetz gegen die Opposition durch-

gesetzt, das in der Praxis zu großen Problemen geführt hat.

Im Frühjahr dieses Jahres öffneten in Hann. Münden Geschäfte an allen Sonntagen für drei Stunden. Wie war das möglich? Der Gesetzgeber hat die Möglichkeit geschaffen, in Kur- und Erholungsorten die Geschäfte an Sonntagen zu öffnen. Die Duderstadt Geschäftswelt stellte dann auch fest, dass Duderstadt irgendwann vor über 20 Jahren auch Erholungsort geworden ist - die Hinweisschilder an den Ortseingängen gibt es zwar schon nicht mehr, aber die Geschäfte öffneten auch an Sonntagen.

Im Gegensatz zu Hann. Münden entwickelte sich in Duderstadt ein Protest gegen die Öffnung der Geschäfte. Nach dem Motto „diesmal kann man vom Eichsfeld lernen“ bildete sich eine bunte Gruppe bestehend aus Gewerkschaften, katholischer und evangelischer Kirche, SPD, CDU, Wählergemeinschaft Duderstadt Bürger (WDB), Kolpingfamilie und Pfadfindern. Höhepunkt der gemeinsamen

Aktion war eine Menschenkette in Duderstadt auf der Marktstraße von der katholischen zur evangelischen Kirche. An der Aktion haben sich rund dreihundert Bürgerinnen und Bürger beteiligt. Ein Eichsfelder Werbeblatt mit dem Namen „Die Zeitung“ diffamiert die Teilnehmer als Rentner, Hartz IV Empfänger und die üblichen Protestierer. Wir sind bestimmt als übliche Protestierer ausgezeichnet worden.

Kurz vor der Menschenkette ist der Bündnis-Partner CDU verloren gegangen. Die Inhalte des Protestes fanden die Christdemokraten o.k, aber die Aktionsform „Menschenkette“ konnten sie nicht mittragen.

Die neueste Variante der Öffnung der Geschäfte wird derzeit in Duderstadt praktiziert. Der Rewe-Markt, ein Einkaufszentrum mit circa 2000 qm Verkaufsfläche, öffnet jeden Sonntag von 8.00 bis 11.00 Uhr. Das Gesetz zur Öffnung der Läden regelt, dass an Sonntagen die Geschäfte für den täglichen Kleinbedarf geöffnet werden können. Der Gesetzgeber wollte damit die Möglichkeit

Fortsetzung von S. 6

schaffen, Brötchen, Zeitungen, Blumen usw. einzukaufen zu können, bestimmt nicht, daß ein Einkaufszentrum geöffnet wird.

Warum wehre ich mich gegen die Öffnung der Geschäfte an Sonntagen?

Die großen Handelsketten wie Rewe und Edeka sind tarifgebunden. Ein großer Teil der Märkte sind aber zwischenzeitlich „privatisiert“ worden, die Arbeitgeber sind nicht mehr Rewe oder Edeka, sondern wie in Duderstadt eine „Höfling OHG“, an der die Rewe nur noch mit einer Minderheit beteiligt ist. Also nicht in jedem Markt auf dem Rewe oder Edeka steht sind die Arbeitnehmer bei Rewe oder Edeka beschäftigt. Die Tarife im Niedersächsischen Einzelhandel waren bis zum Jahr 2003 noch allgemeinverbindlich, so daß jeder Arbeitgeber, gleichgültig, ob er dem Einzelhandelsverband angehört oder nicht, den Tarif bezahlen musste. Diese Allgemeinverbindlichkeit haben die Arbeitgeber in den letzten Jahren verhindert. Die Betreiber der „privatisierten Märkte“ wollen keine Tarife und treten deshalb nicht in den Einzelhandelsverband ein.

Zum Schluss:

Liebe LeserInnen,

wie versprochen, noch eine - erstmals siebenseitige - Ausgabe der Grünen Galerie No 104 vor dem Jahresende. Und wir haben trotzdem nicht alle Artikel unterbringen können und mussten euch auch schöne Fotos vorenthalten. Aber es gibt ja noch unse-

Die Menschen, die vor allem unter solchen Bedingungen arbeiten, sollen jetzt noch verstärkt an Sonntagen arbeiten.

Es gibt gesellschaftliche Notwendigkeiten, dass Menschen an Sonn- und Feiertage arbeiten. Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Feuerwehr usw., aber muss am Sonntag unbedingt Pommes oder Toilettenpapier eingekauft werden?

In irgendeiner Ecke des Kühlschranks gibt es immer noch etwas zu essen und eine Rolle Toilettenpapier findet sich auch noch. Nach dem Sonntag kommt schon der Montag und dann kann schon um 7.00 Uhr eingekauft werden.

Welche Auswirkungen hat das?

Die klassisch ausgebildete Einzelhandelskauffrau, die für einen 40-Stunden Job ca. 1700.- Euro im Monat bekommt, gibt es kaum noch. Diese Stellen sind in Teilzeitstellen oder 400-Euro-Jobs umgewandelt worden. Zuschläge für Arbeit nach 18.30 oder an Sonn- und Feiertagen sind entfallen, ebenso das Urlaubs- und Weihnachtsgeld. Zuschläge für Feiertagsarbeit wie in der Industrie von 100 oder 150 %

re Homepage für Fotogalerien, z.B. von den Parteitagen.

Auch für aktuelle **Termine** möchten ich euch dorthin verweisen. Die politischen Aktivitäten gehen gleich am 7.01. mit Vorstandssitzungen und am 9.01. mit der ersten Wahlkampf-AG los.

Die Rubriken der letzten Seite sind ausnahmsweise he-

gibt es nicht. Ein großer Teil der Arbeitnehmer/innen sind ausgeliehene Kräfte. Diese Leiharbeiter/innen packen Waren zu einem Lohn zwischen 5.- und 6.- Euro in der Stunde aus. Eine andere Gruppe sind die Praktikanten, die über die Arbeitslosengeld II finanziert werden, denen ein Ausbildungsplatz versprochen wird, wenn sie sich im Sinne ihres Arbeitgebers bewährt haben.

Die Menschen, die vor allem unter solchen Bedingungen arbeiten, sollen jetzt noch verstärkt an Sonntagen arbeiten.

Es gibt gesellschaftliche Notwendigkeiten, dass Menschen an Sonn- und Feiertage arbeiten. Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Feuerwehr usw., aber muss am Sonntag unbedingt Pommes oder Toilettenpapier eingekauft werden?

In irgendeiner Ecke des Kühlschranks gibt es immer noch etwas zu essen und eine Rolle Toilettenpapier findet sich auch noch. Nach dem Sonntag kommt schon der Montag und dann kann schon um 7.00 Uhr eingekauft werden.

Hans Georg Schwedhelm

rausgenommen, um nicht Schorses Artikel in Fortsetzungen bringen zu müssen.

Stellvertretend für das Redaktionsteam und die Vorstände wünsche ich euch allen angenehme Feiertage und ein gutes Neues Jahr.

Raymond Rordorf